

07/13

Ministerium  
für Auswärtige Angelegenheiten

A n a l y s e

der Innen- und Außenpolitik Indiens und  
Schlußfolgerungen für die Außenpolitik  
der DDR

Durch die Außenpolitische Kommission beim  
Politbüro des ZK der SED in der Sitzung  
am 13. November 1978 bestätigt.

In Indien vollzog sich im Ergebnis zugespitzter innenpolitischer Auseinandersetzungen mit den Parlamentswahlen im März 1977 ein Regierungswechsel. Die bürgerliche Kongreßpartei wurde nach 30jähriger Herrschaft durch die bürgerliche Janata-Partei abgelöst, die nunmehr seit über 18 Monaten die Regierungsgewalt ausübt.

Angesichts der Bedeutung Indiens in den internationalen Beziehungen und damit in der Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, ist eine gründliche Analyse der bisherigen Innen- und Außenpolitik der Janata-Regierung erforderlich, um daraus die notwendigen Schlußfolgerungen für die Gestaltung der Beziehungen der DDR mit Indien abzuleiten.

1. Die sozialökonomischen und ökonomischen Verhältnisse;  
Klassen, Klassenkräfte und innenpolitische Lage

Im Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, die bereits im Schoße der britischen Herrschaft eingeleitet wurde, hat sich Indien von einer rückständigen Kolonie zu einem Agrar-Industrie-Staat entwickelt. Der Anteil des Landes an der industriellen Weltproduktion beträgt ca. 2 % (10. Platz nach dem absoluten Volumen). Die Industrie produziert 25 % des Nationaleinkommens (1950 = 16 %); der Anteil der Landwirtschaft beträgt 42 %.

Auf der Grundlage günstiger natürlicher Bedingungen, einem großen Arbeitskräftepotential und durch ausländische Unterstützung (besonders der Sowjetunion) entstanden eine moderne und leistungsfähige Grundstoffindustrie und Schwerindustrie, Zweige des Schwermaschinenbaus, der Elektrotechnik, der Elektronik sowie Betriebe der Verteidigungsindustrie. Indien verfügt über umfangreiche Roh- und Brennstoffe, die in unterschiedlichem Maße erschlossen sind.

Gegenwärtig wird z. B. der Bedarf an Erdöl bereits zu einem Drittel aus einheimischen Lagerstätten gedeckt.

Auch in der Landwirtschaft wurde ein bedeutender Produktionszuwachs erzielt. Das wird besonders in einer beträchtlichen Steigerung der Getreideproduktion sichtbar (1950/51 55 Mio t; 1977/78 125,5 Mio t), so daß Indien weitgehend von Importen unabhängig wurde. Diese Steigerung führte jedoch bis jetzt aufgrund des hohen Bevölkerungszuwachses kaum zu einer Erhöhung der Pro-Kopf-Produktion.

Die Produktivkräfte werden durch außerordentlich große Unterschiede in ihrem Entwicklungsstand charakterisiert. In der Großindustrie herrschen moderne Technologien vor. Einige Zweige der Wissenschaft und Technik wie Nutzung der Atomenergie, Raumforschung und Elektronik sind hochentwickelt. Demgegenüber produzieren die Landwirtschaft und die Kleinstindustrie weitgehend mit rückständigen Produktionsmethoden. So ist der primitive Hakenpflug nach wie vor das gebräuchlichste landwirtschaftliche Produktionsmittel.

Die Produktionsverhältnisse werden im wesentlichen durch kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet. Gleichzeitig bestehen tief verwurzelte vorkapitalistische Verhältnisse, die sich vielfach überlagern und oft mit kapitalistischen Verhältnissen verflochten sind. Sie befinden sich im Prozeß der Auflösung, der jedoch nur zögernd und widersprüchlich verläuft.

Zum modernsten und dynamischsten Bereich in der indischen Wirtschaft hat sich der vor allem mit sowjetischer Hilfe geschaffene staatliche Sektor (dem Typ nach staatkapitalistischer Sektor) entwickelt, der die Schlüsselpositionen einnimmt und ca. 26 % der Industrieproduktion erzeugt. Im privatkapitalistischen Sektor (ca. 74 % der Industrieproduktion) nehmen die indischen Monopole, die z. T. eng mit dem imperialistischen Auslandskapital verbunden sind, die dominierende Position ein. Der Konzentrationsprozeß des Kapitals beschleunigte sich besonders seit 1972. Die 10 größten Monopolverbände vereinigen auf sich gegenwärtig mehr als 50 % des gesamten Kapitals in diesem Sektor.

Die Lage auf dem Lande wird vor allem durch den Übergang von halbfeudalen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen gekennzeichnet, die sich auch im Ergebnis der "Grünen Revolution"<sup>x</sup> festigen und rasch weiterentwickeln. 15 % der Wirtschaften verfügen über 66 % des Bodens. Halbfeudale Wirtschaftsformen erstrecken sich noch auf 1/4 der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auf fast der Hälfte des Bodens dominiert die kleine Warenproduktion.

Die 200jährige Kolonialherrschaft und die kapitalistische Entwicklung haben in Indien gewaltige soziale Probleme hervorgebracht, die in einer zunehmenden Verelendung großer Teile der Bevölkerung ihren Ausdruck finden. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der offiziellen Armutsgrenze<sup>xx</sup> lebt, stieg von 39 % (1961) auf 46 % (1978). Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten wird gegenwärtig mit 75 Mio angegeben.

Nach wie vor ist das Analphabetentum außerordentlich hoch (71 % der Bevölkerung). In den vergangenen Jahren wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um das Bildungswesen zu entwickeln (1976 waren 3,4 Mio Studenten an 121 Universitäten immatrikuliert).

Die vielschichtige Klassenstruktur wird vor allem durch ein rasches Anwachsen der beiden Hauptklassen der indischen Gesellschaft - der Bourgeoisie und des Proletariats - charakterisiert.

Die indische Bourgeoisie ist stark differenziert. Durch die beschleunigte kapitalistische Entwicklung verschoben sich die Proportionen zwischen den einzelnen Abteilungen der Bourgeoisie zu-

---

x Programm, das mit Hilfe des Einsatzes moderner Technik, hochproduktiver Getreidesorten und chemischen Düngers zu einer Erhöhung der Produktivität in der Landwirtschaft und zur beschleunigten Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande führte.

xx Nach offiziellen indischen Angaben liegt diese Grenze bei einem monatlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 60 Rs.

nehmend zugunsten der Großbourgeoisie und ihres monopolistischen Flügels. Die Monopolbourgeoisie übt bereits entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft des Landes aus. Sie erweitert zielstrebig ihre Positionen. Schnell entwickelt sich die Agrarbourgeoisie, die besonders seit der Regierungsbildung durch die Janata-Partei ihren politischen Einfluß verstärken konnte. Ausdruck des beschleunigten Differenzierungsprozesses ist die rapide Zunahme der Zahl der kleinen kapitalistischen Unternehmen (1975 - 90,7 % aller kapitalistischen Unternehmen, die 40 % der Produktion des privatkapitalistischen Sektors erzeugen).

Zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie gibt es um die Beteiligung an der Machtausübung und damit um spezifische Formen der weiteren kapitalistischen Entwicklung heftige Auseinandersetzungen, die auch in Zukunft die gesellschaftliche Entwicklung des Landes maßgeblich beeinflussen werden. Sowohl die Janata-Partei als auch die Kongreßpartei sind mit allen Fraktionen der Bourgeoisie verbunden.

Zur indischen Arbeiterklasse gehören ca. 20 Mio Industriearbeiter und ca. 50 Mio Landarbeiter. Mehr als 6 Mio Werktätige sind in zahlreichen Gewerkschaften organisiert. Die Arbeiterklasse spielt im politischen Leben Indiens eine wachsende Rolle. Es hat sich ein Stamm qualifizierter, mit der Großbourgeoisie verbundener Arbeiter entwickelt (ca. 8,5 Mio), bei dem Kasten- und Religionsunterschiede zunehmend in den Hintergrund treten. Nach wie vor wirken sich jedoch die Spaltung der Arbeiterbewegung, religiöser Einfluß und das Kastenwesen sowie reformistische und linksradikale Anschauungen hemmend auf die weitere Formierung des Klassenbewußtseins aus.

Zur werktätigen Bauernschaft gehören vor allem die ca. 80 Mio Mittel- und Kleinbauern, die 85 % der Wirtschaften besitzen, aber nur 48 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten. Ihre soziale Lage verschlechtert sich zunehmend. Sie stellt potentiell eine große gesellschaftliche Kraft dar, ist jedoch noch weitgehend durch politische Passivität gekennzeichnet, die von der herrschenden Klasse ausgenutzt wird.

Das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft ist noch sehr schwach entwickelt.

Eine zahlenmäßig starke Gruppierung in der indischen Gesellschaft sind die Zwischenschichten (Kaufleute, Händler und Zwischenhändler, Handwerker und Gewerbetreibende, Intelligenz, Angestellte u. a.). In ihnen vollzieht sich ein rascher sozialer Differenzierungs- und Polarisierungsprozeß.

Insgesamt bestätigt die Entwicklung der letzten Jahre, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit immer stärker zum bestimmenden Widerspruch der gesellschaftlichen Entwicklung Indiens wird.

Gegenwärtig existieren in Indien vier gesamtnationale Parteien. Die Interessen der Bourgeoisie werden vor allem durch die Janata-Partei und die Kongreßpartei, die z. Zt. in INK (I) und INK gespalten ist, vertreten.

Die regierende Janata-Partei, am Vorabend der allindischen Parlamentswahlen im Frühjahr 1977 durch Zusammenschluß mehrerer Parteien entstanden, ist äußerst heterogen zusammengesetzt. Sie stützt sich auf einflußreiche Kreise der Monopol- und Großbourgeoisie, Teile der Agrarbourgeoisie sowie auf breite Schichten des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums. Die soziale Basis der Janata-Partei erklärt u. a. die sozialreformistischen, national-chauvinistischen, sozial-konservativen und extrem anti-kommunistischen Anschauungen ihrer Repräsentanten. Die innerhalb der Regierungspartei vertretenen divergierenden Standpunkte zu innen- und außenpolitischen Fragen spiegeln sich auch in ihrer Politik wider und erschweren den Konsolidierungsprozeß der Partei.

Aus bisherigen Erklärungen der Desai-Regierung ergeben sich für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes folgende Schwerpunkte:

- Vorrangige Förderung der Landwirtschaft und der Heim- und Kleinindustrie;
- Weiterer Ausbau des staatlichen Sektors als eine wesentliche Voraussetzung für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landes;
- Schaffung günstigerer Investitionsbedingungen für das in- und ausländische Privatkapital in der indischen Wirtschaft.

Gleichzeitig existieren grundlegende Meinungsverschiedenheiten, besonders zu Fragen der Strukturpolitik, der Rolle des staatlichen Sektors, der Wirtschaftsplanung und der Durchführung von Agrarreformen. Die beträchtlichen Unterschiede zwischen den in der Partei vertretenen politischen Kräften stellen ihren Bestand in der gegenwärtigen Form auf längere Sicht in Frage.

In Opposition zur Janata-Partei stehen der Indische Nationalkongreß - INK - und der Anfang 1978 von ihm abgespaltene Indische Nationalkongreß (I) - INK (I) -. Die Spaltung der traditionell einflußreichen Kongreßpartei widerspiegelt den zunehmenden Differenzierungsprozeß in der indischen Bourgeoisie und ihren politischen Organisationen. Sie ist Ausdruck ernsthafter Meinungsverschiedenheiten in der herrschenden Klasse über die Politik dieser Partei, die bei den Parlamentswahlen 1977 eine schwere Niederlage erlitten hatte. Die Spaltung ist vor allem auch das Ergebnis fraktioneller Kämpfe innerhalb der ehemaligen Führung der Kongreßpartei, in deren Verlauf I. Gandhi bestrebt war, persönlich die Führung des INK zu übernehmen.

Der INK (I) unter Führung Indira Gandhis ist zur stärksten Oppositionspartei im Zentralparlament geworden und konnte in der letzten Zeit seine Massenbasis sowie seinen politischen Einfluß vertiefen. Indira Gandhi bleibt eine der profiliertesten Persönlichkeiten des politischen Lebens in Indien, die auch in Zukunft als Vertreterin der Interessen der indischen Bourgeoisie eine bedeutende Rolle spielt. Durch ihre erneute Wahl als Abgeordnete des Unterhauses und die zu erwartende Übernahme der

Funktion als offizielle Oppositionsführerin erhält sie hierfür günstigere Möglichkeiten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie erneut an die Spitze der indischen Regierung tritt.

Die indische Monopolbourgeoisie übt sowohl in der Janata-Partei als auch in der Kongreßpartei entscheidenden Einfluß aus. Deshalb werden Umgruppierungen der politischen Kräfte vor allem von deren Interessen geprägt sein.

Die KP Indiens steht als politische Interessenvertreterin der Arbeiterklasse und aller Werktätigen fest auf den Positionen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie hat z. Zt. 546 000 Mitglieder. Der Anteil an Industriearbeitern ist in der KPI noch gering. Landarbeiter, arme Bauern und die Intelligenz sind stark vertreten.

Der XI. Parteitag der Bruderpartei beschloß im April 1978 weitere Maßnahmen, um den Einfluß der KPI in der Arbeiterklasse zu vertiefen, die Massenbasis auszudehnen und so ihren selbständigen Einfluß auf das politische Leben zu erhöhen. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, eine breite Front aller linken und demokratischen Kräfte des Landes zu schaffen. In Kerala bildet sie auch weiterhin gemeinsam mit der Kongreßpartei die Staatenregierung.

Die KPI (M), die sich 1964 von der KPI abgespalten hat, konnte in der letzten Zeit ihre Positionen ausbauen. Sie trat mit einer Scheinalternative zur Politik der bürgerlichen Parteien auf, erlangte dadurch im Unionsstaat Westbengalen im März 1977 einen eindeutigen Wahlsieg und bildet seitdem in diesem Staat die Regierung.

Unter dem Druck des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses sowie der politischen Realitäten in Indien vollzieht sich in dieser Partei ein politisch-ideologischer Klärungsprozeß. Ausdruck dessen sind die weitgehende Überwindung von maoistischen Einflüssen, Veränderungen in der Haltung zur KPdSU und die be-

ginnende Bereitschaft zu einem Dialog mit der KPI über die Notwendigkeit und Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen (Treffen führender Vertreter beider Parteien Mitte April 1978; gemeinsame Maikundgebungen, Kampffaktion allindischer Gewerkschaftsverbände, darunter CITU, unter Führung des AITUC gegen arbeiterfeindliche Gesetzgebung der Regierung am 19. 11. 1978).

Trotz dieser positiven Tendenz bestehen nach wie vor prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPI und der KPI (M) zu grundlegenden Fragen der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung, deren Überwindung einen längeren Zeitraum erfordern wird.

Die innenpolitische Lage Indiens wird gegenwärtig dadurch charakterisiert, daß sich die sozialen Widersprüche zuspitzen, die werktätigen Massen radikaler eine Veränderung ihrer miserablen Lebenslage verlangen und sich der Klassenkampf verschärft. Es zeigt sich immer deutlicher: Obwohl die kapitalistische Entwicklung in Indien bedeutende Fortschritte in Industrie und Landwirtschaft, in Wissenschaft und Technik mit sich gebracht hat, erweist sich der Kapitalismus als unfähig, die riesigen sozialen und sozialökonomischen Probleme der Millionen Arbeiter, werktätigen Bauern und des Kleinbürgertums zu lösen. Die genannten Widersprüche werden durch Inflation, Dollarentwertung, steigende Erdölpreise und durch neokolonialistische Praktiken des Imperialismus gegenüber Indien verschärft.

Diese Entwicklung fand ihren eindeutigen Ausdruck in den Parlamentswahlen im März 1977, die in hohem Maße die Unzufriedenheit der breiten Massen des Volkes zum Ausdruck brachten und in deren Ergebnis die regierende Kongreßpartei abgewählt wurde. Dieser Prozeß setzt sich auch unter der Herrschaft der Janata-Partei fort. Die Massen beginnen zu verstehen, daß auch diese Partei nicht in der Lage ist, die Wahlversprechen zu verwirklichen und die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern, sondern ihre Politik darauf gerichtet ist, die Lasten der Krise im Interesse der

Monopol- und Agrarbourgeoisie den werktätigen Massen aufzubürden und deren Widerstand zunehmend durch autoritäre Mittel zu unterdrücken. Eine wichtige Rolle spielen dabei soziale Demagogie, Nationalismus und Antikommunismus.

Diese durch die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Probleme in Indien zu lösen, charakterisierte Situation setzt objektiv die Schaffung einer demokratischen Alternative zum bürgerlichen Herrschaftssystem auf die Tagesordnung.

Die Auseinandersetzung über bestimmte Formen und Methoden der weiteren kapitalistischen Entwicklung des Landes sind innerhalb und zwischen den bürgerlichen Hauptparteien in der letzten Zeit beträchtlich angewachsen. Dabei stoßen auch einige wirtschaftliche Maßnahmen der Desai-Regierung auf den zunehmenden Widerstand einflußreicher Kreise der indischen Monopolbourgeoisie (ungenügende Förderung der Infrastruktur durch staatliche Investitionen, Vernachlässigung des Energiesektors u. a.).

Veränderungen in der Führung des Landes und des politischen Kurses, die jedoch das bürgerliche Herrschaftssystem nicht in Frage stellen, sind nicht ausgeschlossen. Dabei sind Neu- und Umgruppierungen der politischen Kräfte in und zwischen den bürgerlichen Parteien möglich. Um der Schaffung einer demokratischen Alternative zum bürgerlichen Herrschaftssystem vorzubeugen, orientiert die indische Bourgeoisie auf die Etablierung eines 2-Parteiensystems.

Ein Eingreifen der Streitkräfte als eigenständige politische Kraft in diese Auseinandersetzungen ist vorerst nicht wahrscheinlich, obwohl sich in ihnen der Prozeß der Politisierung, besonders gekennzeichnet durch die Zunahme reaktionärer Tendenzen bei Teilen des Offizierskorps, in letzter Zeit verstärkt.

Der XI. Parteitag der KP Indiens analysierte die jüngste Entwicklung in Indien und zog Bilanz über die Tätigkeit der Partei in den letzten drei Jahren. Er formulierte die Aufgabe, eine demokratische Alternative zum bürgerlichen Herrschaftssystem auf der Grundlage des Zusammenschlusses aller linken und demokratischen Kräfte des Landes zu erreichen. Wichtigste Voraus-

setzung dafür ist die Überwindung der Spaltung der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Indien. Die KPI beschloß deshalb auf ihrem Parteitag ein Programm, das der angestrebten Front linker und demokratischer Kräfte als politische Plattform dienen kann. Es zielt vor allem darauf ab, die Macht der einheimischen Monopolbourgeoisie einzuschränken, den neokolonialistischen Einfluß des Imperialismus zurückzudrängen und über verschiedene Zwischenetappen die antiimperialistisch-demokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Die KPI geht bei der Realisierung ihrer Strategie und Taktik davon aus, daß die Verwirklichung dieses Programms ein langer und komplizierter Prozeß sein wird.

## 2. Internationale Stellung und Außenpolitik Indiens

Die Außenpolitik Indiens ist weiterhin auf die Festigung von Frieden, Sicherheit, internationale Entspannung und Nichtpaktgebundenheit gerichtet. Dank dieser traditionellen Politik genießt Indien ein hohes internationales Ansehen und ist ein wichtiger Partner der sozialistischen Staaten in den internationalen Beziehungen. Nach der Übernahme der Regierung durch die Janata-Partei zeigt sich jedoch eine zunehmende Tendenz der Abschwächung der antiimperialistischen Komponente dieser Politik.

Auf die indische Außenpolitik wirken vor allem folgende objektive Faktoren ein:

- die politischen, ökonomischen und sozialökonomischen Erfordernisse, die durch die Klasseninteressen der indischen Bourgeoisie an einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung des Landes bestimmt werden;
- die als Ergebnis der Kolonialherrschaft existierende Rückständigkeit, die sich daraus ergebende nichtgleichberechtigte und abhängige Stellung Indiens im kapitalistischen Welt-

wirtschaftssystem und die daraus resultierenden Widersprüche mit den imperialistischen Hauptzentren;

- die durch den wachsenden Einfluß der Politik der SU/SSG erfolgte Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und die Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses;
- der anhaltende Gegensatz zwischen den Interessen der indischen Bourgeoisie und den großmachthegemonistischen Ansprüchen der Pekinger Führer;
- der Vorrang, den die USA in ihrer Asienpolitik der Entwicklung der Beziehungen mit der VR China einräumen.

Dementsprechend haben sich bei der Gestaltung der indischen Außenpolitik folgende Prioritäten herausgebildet:

- Streben nach Festigung der politischen und ökonomischen Selbständigkeit Indiens als unabhängige Großmacht;
- Fortsetzung der auf die Festigung des Friedens, der internationalen Sicherheit und Entspannung gerichteten Politik;
- Herstellung und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu den Staaten der Region;
- Festigung und Ausbau des Einflusses in der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit zur Durchsetzung des Anspruches auf eine führende Rolle Indiens als unabhängige Großmacht;
- Fortsetzung der engen, allseitigen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der SU/SSG;

- Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, besonders Verbesserung der Beziehungen mit den USA und der VR China.

Gewisse Nuancierungen werden in Erklärungen der Janata-Regierung über eine "echte" Nichtpaktgebundenheit, die einen "gleichen Abstand" zur Sowjetunion und den USA herstellen soll, sichtbar. Sowohl in den Beziehungen Indiens zu den imperialistischen Staaten als auch in den Beziehungen zu den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft verstärken sich pragmatische Züge. Es zeichnet sich ein Anwachsen der Rolle Indiens in den internationalen Beziehungen ab.

Ausgehend von den soeben dargestellten Klasseninteressen der indischen Bourgeoisie nimmt Indien zu wichtigen Grundfragen der internationalen Entwicklung Positionen ein, die eine konstruktive Zusammenarbeit der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten mit Indien ermöglichen. Das betrifft besonders Fragen der Erhaltung und Sicherung des Friedens, der Entspannung und der internationalen Sicherheit, teilweise auch Fragen der Abrüstung und des Kampfes gegen Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie der Schaffung gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Widersprüchliche Positionen, die sich vor allem aus dem Streben der indischen Bourgeoisie ergeben, Indien zu einer "selbständigen Großmacht" zu entwickeln, gibt es besonders zu einigen spezifischen Fragen der Abrüstung und zu bestimmten Gebieten der Tätigkeit der UNO. So ist Indien nicht bereit, dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen wegen seines angeblich diskriminierenden Charakters beizutreten. Auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung verlangt es einseitige Vorleistungen von den "Großmächten" und fordert Änderungen international vereinbarter Abrüstungsmechanismen.

Indien ist in der Lage, jederzeit Atomwaffen herzustellen, um damit seine Position als unabhängige Großmacht international bestätigt zu sehen. Seine Haltung zur Produktion von atomaren Waffen wie auch den Nichtbeitritt zum Nichtweiterverbreitungsvertrag von Kernwaffen begründet Indien vor allem mit dem Hinweis auf das Kernwaffenpotential Chinas.

Indien tritt für eine Veränderung der UN-Charta ein. Damit verbindet es auch seine Erwartungen, als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates aufgenommen zu werden.

Bei der Behandlung von Grundfragen der internationalen Beziehungen verstärkt sich besonders seit Bildung der Janata-Regierung die Tendenz einer Gleichsetzung der UdSSR und der USA. So fordert die Desai-Regierung sowohl von den USA als auch von der UdSSR die Reduzierung ihrer militärischen Präsenz in der Region des Indischen Ozeans. Im Zusammenhang mit der Schaffung gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen werden die imperialistischen und die sozialistischen Staaten gleichermaßen für die Überwindung der Rückständigkeit der national befreiten Staaten verantwortlich gemacht.

Vertreter der Janata-Regierung erklärten wiederholt, daß die Rivalitäten der "Großmächte" die Ursache für das Entstehen von Konfliktherden - z. B. am Osthorn Afrikas - sind. Gleichzeitig wird die andauernde Präsenz ausländischer Truppen auf dem Territorium eines nichtpaktgebundenen Staates als ein den Entspannungsprozeß gefährdender Faktor bezeichnet.

Ausgehend von den nationalistischen Interessen der indischen Bourgeoisie hat unter der Janata-Regierung die Neigung zu Kompromissen hinsichtlich neokolonialistischer Lösungsversuche internationaler Probleme zugenommen. Das findet z. B. seinen Ausdruck in der Sympathie gegenüber den Separatverhandlungen Ägypten - Israel sowie in der Bereitschaft, eine Vermittlerrolle im "Nord-Süd-Dialog" zu spielen.

Die enge und allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971) und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bleibt ein wesentliches Merkmal der indischen Außenpolitik. Sie erweist sich als notwendig für die Sicherung der Unabhängigkeit Indiens und bildet objektiv ein Hindernis für die aggressive Politik des Imperialismus und die Hegemoniebestrebungen der Pekinger Führer. Auch nach der Regierungsübernahme durch die Janata-Partei entwickeln sich <sup>diese</sup> Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz erfolgreich weiter.

Die Zusammenarbeit UdSSR - Indien wurde nicht nur auf allen Gebieten (politisch, militärisch, ökonomisch, wissenschaftlich-technisch, kulturell) kontinuierlich fortgesetzt, sondern konnte weiter vertieft und ausgebaut werden. Das zeigt sich z. B. in den Ergebnissen der Besuche von Außenminister Gromyko in Indien (April 1977) sowie von Ministerpräsident M. Desai und Außenminister A. B. Vajpayee in der UdSSR (Oktober 1977 bzw. September 1978; Vorbereitung eines Vertrages über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit UdSSR - Indien bis 1990). Der Warenaustausch zwischen beiden Staaten wird 1978 erstmals den Wert von 10 Mrd. Rupies überschreiten.

Auch die traditionell-freundschaftlichen Beziehungen DDR - Indien konnten trotz der Veränderungen in Indien kontinuierlich und stabil weiterentwickelt werden. Ausdruck dafür sind der bevorstehende Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatrates der DDR, Genossen Erich Honecker, in Indien (Januar 1979), der Meinungsaustausch mit führenden Repräsentanten Indiens (Präsident Reddy, Ministerpräsident Desai, Außenminister Vajpayee, Verteidigungsminister J. Ram), die Besuche des indischen Kulturministers und des Informationsministers in der DDR, die Fortsetzung der politischen Konsultationen zwischen beiden Außenministerien, die Vertiefung der parlamentarischen Beziehungen (Besuch Volkskammerdelegation unter Leitung Genossen H. Sindermanns im Februar 1978 in Indien) und die vertragliche Absicherung der außenwirtschaftlichen Beziehungen sowie der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

In den politischen Gesprächen brachten die Vertreter der Janata-Regierung wiederholt ihr Interesse an der Festigung und Erweiterung der Beziehungen mit der DDR zum Ausdruck.

Gegenwärtig liegt die Fortsetzung der engen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen Indiens mit der SU/SSG und ihr weiterer Ausbau im Interesse der indischen Bourgeoisie. Hieraus ergibt sich die erklärte Haltung der Desai-Regierung, die Beziehungen zu dritten Staaten nicht zu Lasten der Zusammenarbeit Indien - SU/SSG zu entwickeln. Aufgrund des Klassencharakters der indischen Außenpolitik kann nicht ausgeschlossen werden, daß Verbesserungen in den Beziehungen Indiens mit den USA, Japan, den EG-Staaten sowie mit China sich negativ auf die Zusammenarbeit Indien - SU/SSG auswirken können.

Die Beziehungen Indiens zu den imperialistischen Staaten, besonders zu den USA, wurden in der letzten Zeit aktiviert. Die indische Bourgeoisie ist besonders an einer intensiveren Zusammenarbeit auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet interessiert.

Seit der Bildung der Janata-Regierung sind die imperialistischen Staaten bemüht, die für sie günstigeren Bedingungen zu nutzen, um verstärkt Einfluß auf Indien auszuüben, es fester in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem einzubeziehen und langfristig die Beziehungen Indiens zur SU/SSG zu lockern.

Die Zusammenarbeit Indien - BRD auf politischem, wirtschaftlichem und anderen Gebieten hat sich seit 1977 weiter vertieft. Indien betrachtet die BRD als Hauptpartner in Westeuropa, mit dessen Hilfe es vor allem ökonomische Vorteile in der Zusammenarbeit mit den EG-Ländern erreichen will. In politischen und ideologischen Fragen kommen sich die Standpunkte beider Regierungen nahe; zu wichtigen internationalen Problemen gibt es keine Widersprüche.

Kennzeichnend für das Bestreben beider Seiten, die Beziehungen auszubauen, ist ein umfangreicher Delegationsaustausch (u. a. Genscher, Brandt, Frau Schlei in Indien; Postminister Verma, Industrieminister Fernandes und Außenminister Vajpayee in der BRD).

Die BRD nutzt das Streben Indiens zum Ausbau der bilateralen Beziehungen sowie auch sozialreformistische Auffassungen der Janata-Regierung zur Durchsetzung ihrer neokolonialistischen Zielstellungen. Dabei setzt die BRD verstärkt ihr ökonomisches Potential ein, um ihren Einfluß in Indien zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig ist sie damit bestrebt, der Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, besonders der DDR, mit Indien entgegenzuwirken.

In jüngster Zeit sind Bemühungen feststellbar, die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Indien auch auf dem Rüstungs- und nuklearen Sektor zu entwickeln.

Die Versuche der BRD, die indische Regierung zur Akzeptierung ihres Standpunktes in der Frage der Beziehungen DDR - BRD sowie zu Westberlin zu bewegen, haben bisher zu keiner sichtbaren Veränderung der offiziellen indischen Haltung (prinzipielle Anerkennung entsprechender Vereinbarungen und Abkommen, jedoch auch Akzeptierung der "Land-Berlin"-Klausel) geführt.

Die Entwicklung zeigt, daß aufgrund der unterschiedlichen Interessen und der daraus resultierenden Widersprüche zwischen Indien und dem Imperialismus, die zunehmend den Charakter von Widersprüchen zwischen kapitalistischen Staaten annehmen, spektakuläre Ergebnisse bei der Gestaltung ihrer Beziehungen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind.

Die gegenwärtige Haltung Indiens gegenüber den imperialistischen Staaten macht deutlich, daß die Aufrechterhaltung der selbständi-

gen und unabhängigen Innen- und Außenpolitik unbedingten Vorrang besitzt. Bisher ist Indien nicht auf Bedingungen eingegangen, die diese Politik grundlegend in Frage gestellt hätten.

Die zwischen Indien und der VR China bestehenden objektiven Widersprüche, die sich aus dem anhaltenden Gegensatz zwischen den Interessen der indischen Bourgeoisie und den großmachchauvinistischen Bestrebungen der Pekinger Führer ergeben, wirken der Schaffung eines Verhältnisses guter Nachbarschaft entgegen. Beide Staaten beanspruchen eine Führungsrolle in Asien. Die indische Regierung verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die in der letzten Zeit von den Pekinger Führern unternommenen außenpolitischen Aktivitäten. Das betrifft vor allem auch den Abschluß des chinesisch-japanischen Vertrages, obwohl sich die Desai-Regierung in offiziellen Erklärungen dazu zurückhaltend äußert. Trotz dieser tiefgreifenden Gegensätze und ungeklärter Probleme (z. B. Grenzfrage) unternehmen Indien und China pragmatische Schritte zur Verbesserung ihrer bilateralen Beziehungen (Delegationsaustausch, Teilnahme an Messen, Wiederaufnahme der Handels- und Schifffahrtsbeziehungen u. a.). Die Absicht des indischen Außenministers, Ende Oktober 1978 Peking einen Besuch abzustatten, reiht sich offensichtlich in diese Politik ein. Ihre plötzliche Absage ist vor allem Ausdruck der zur Frage der Gestaltung der Beziehungen zu China in der Janata-Regierung nach wie vor vorhandenen Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten. Die Bereitschaft der Janata-Regierung zur Normalisierung der Beziehungen mit China erklärt sich aus ihrer Absicht, die bestehenden Spannungen abzubauen und ihren außenpolitischen Spielraum zu erweitern.

Die Pekinger Führung geht davon aus, daß seit Bildung der Janata-Regierung günstigere Bedingungen für die Durchsetzung ihrer antisowjetischen Zielstellung bestehen. Die genannten Widersprüche wirken jedoch den Bemühungen der Pekinger Führer entgegen, Indien zu einer jähen Änderung seiner Politik, insbe-

sondere gegenüber der SU/SSG, zu drängen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Entwicklung der Beziehungen zu China in verstärktem Maße Kräfte in Indien aktiviert, die auf eine Verschlechterung der freundschaftlichen Beziehungen Indiens zur SU/SSG hinarbeiten.

Die Zusammenarbeit mit den national befreiten Staaten ist traditionell ein wichtiges Element der indischen Außenpolitik. Gestützt auf sein ökonomisches Potential und sein internationales Ansehen ist Indien bestrebt, seinen Einfluß unter diesen Staaten zu festigen und zu erweitern. Als Ausdruck des Hegemoniestrebens der indischen Bourgeoisie verfolgt es damit das Ziel, eine führende Rolle in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen durchzusetzen. Dabei wird das Bemühen deutlich, im Sinne der Interessen der indischen Bourgeoisie eigenständige Positionen der Nichtpaktgebundenen zu formulieren, wobei objektiv Abweichungen von Auffassungen der SSG auftreten. Davon zeugen z. B. die indischen Aktivitäten in Vorbereitung des 6. Gipfeltreffens der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna. In der Bewegung der Nichtpaktgebundenen nimmt Indien eine zentristische Stellung mit einer gewissen Tendenz zum progressiven Flügel ein.

Ein Hauptanliegen der indischen Außenpolitik besteht darin, die Lage auf dem südasiatischen Subkontinent zu normalisieren und gleichzeitig die angestrebte Vormachtstellung in der Region zu verwirklichen. Probleme mit den Nachbarstaaten (z. B. Pakistan, Nepal, Bangladesh, Sri Lanka) werden deshalb von der Janata-Regierung mit größerer Flexibilität und Kompromißbereitschaft gelöst.

Das zeigt sich auch in der unverzüglichen Anerkennung der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan durch Indien (2. Land nach der UdSSR). Diese Haltung entspricht den Interessen der indischen Bourgeoisie und trägt gleichzeitig zur Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in Afghanistan und in der Region bei.

In diesem Sinne unterstützt die Janata-Regierung auch wichtige Prinzipien zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Asien. Sie nimmt jedoch hinsichtlich ihrer Realisierung durch kollektive Anstrengungen der beteiligten Staaten eine reservierte Haltung ein.

### 3. Schlußfolgerungen für die Außenpolitik der DDR

- 3.1. In der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft bleibt Indien aufgrund seiner politisch-strategischen Bedeutung in den internationalen Beziehungen, seines bedeutenden ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potentials ein Schwerpunktland, mit dem auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz freundschaftliche, stabile und langfristige Beziehungen entwickelt werden.

Möglichkeiten für ein weiteres antiimperialistisches Zusammenwirken mit Indien sind auch zukünftig gegeben und für die Durchsetzung der Friedensstrategie der SSG zu nutzen. Sie ergeben sich primär aus dem Streben Indiens nach Wahrung und Festigung seiner Unabhängigkeit, aus seiner abhängigen und untergeordneten Stellung im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem und den daraus resultierenden Widersprüchen zwischen den Interessen der indischen Bourgeoisie und dem Imperialismus. Weitere Anknüpfungspunkte ergeben sich aus dem anhaltenden Gegensatz zwischen Indien und der großmachthegemonistischen Politik der Pekinger Führer.

- 3.2. Die DDR gestaltet ihre Beziehungen mit Indien entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED im Rahmen der abgestimmten und koordinierten Außenpolitik der SSG. Die traditionell freundschaftlichen Beziehungen sind kontinuierlich und zum gegenseitigen Vorteil allseitig zu entwickeln.
- 3.3. Ausgehend von den positiven Aspekten der indischen Außenpolitik, vor allem auf solchen Gebieten wie Erhaltung und Sicherung des Friedens, Kampf um Entspannung und internationale Sicherheit, Abrüstung, Auftreten gegen Rassismus, Kolonialis-

mus und Neokolonialismus, Schaffung gerechter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, ist der Meinungs-austausch auf hoher und höchster Ebene zielgerichtet und systematisch fortzusetzen.

Die regelmäßigen Konsultationen zwischen den Außenministerien beider Staaten sind besonders zur Erörterung solcher aktuellen Grundfragen der internationalen Entwicklung zu nutzen wie

- . Ausdehnung des internationalen Entspannungsprozesses,
- . Einstellung des Wettrüstens, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung; Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen; Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen,
- . Beseitigung internationaler Konfliktherde,
- . Entwicklung der Lage in Südasien und im Raum des Indischen Ozeans,
- . Rolle und Perspektiven der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Zu diesen Fragen ist die Zusammenarbeit im UN-System weiter auszubauen.

Es ist anzustreben, das erreichte Ausmaß an Übereinstimmung Indiens mit Grundprinzipien unserer Friedenspolitik zu erweitern. Verstärkt sind jene Tendenzen in der Politik Indiens zu fördern, die auf eine kontinuierliche Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft, gegen das Anwachsen des imperialistischen Einflusses sowie gegen die großmachthege-monistischen Bestrebungen der Pekinger Führer gerichtet sind.

Ständiges Anliegen der außenpolitischen Aktivitäten der DDR muß es sein, das Verständnis der indischen Regierung für die Lösung von Fragen, die für die DDR von spezifischem Interesse sind (z. B. Beziehungen zur BRD und zu Westberlin), zu vertiefen.

- 3.4. Die außenpolitisch-diplomatischen Aktivitäten der DDR müssen darauf gerichtet sein, mit allen politisch relevanten Kräften in Indien langfristige, konstruktive, der jeweiligen Lage angepasste Kontakte zu entwickeln und zu unterhalten, so daß auf mögliche innenpolitische Veränderungen flexibel reagiert werden kann. Das schließt regelmäßige Kontakte zu einflußreichen Vertretern der indischen Groß- und Monopolbourgeoisie sowie zu Repräsentanten der gegenwärtigen bürgerlichen Opposition, besonders zu solchen politischen Persönlichkeiten wie Indira Gandhi, ein.

Die z. Zt. ruhenden Beziehungen zwischen dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR und der Kongreßpartei sollten bis auf weiteres nicht aktiviert werden.

Die DDR unterstützt die Bestrebungen der Nationalen Freundschaftsgesellschaft (Allindische Indo-DDR-Freundschaftsgesellschaft) als selbständige indische politische Organisation, ihre Zusammenarbeit mit breitesten gesellschaftlichen Kräften Indiens weiterzuentwickeln sowie auch die Zusammenarbeit mit Vertretern der Janata-Partei zu fördern.

- 3.5. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in Indien kommt den Bestrebungen der KP Indiens, entsprechend den Beschlüssen ihres XI. Parteitages eine Front aller linken und demokratischen Kräfte des Landes herzustellen, besondere Bedeutung zu. Diese Bestrebungen sind im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften in Indien zu unterstützen.
- 3.6. Entsprechend dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über die Konzeption für die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen DDR - Indien vom 19. 4. 1978 und auf der Grundlage des langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens vom 7. 3. 1977 sind die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten zum gegenseitigen Vorteil kontinuierlich weiterzuentwickeln. Vor allem ist eine Steigerung der Exporte nach Indien zur Sicherung der Importe für die Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung der DDR zu gewährleisten.

Dabei ist die Erweiterung und Aufnahme neuer stabiler Exportlinien konsequent fortzusetzen. Der Export von Anlagen und Ausrüstungen ist unter Berücksichtigung der Kooperationsmöglichkeiten in Indien und auf Drittmärkten systematisch zu erweitern. Die Zusammenarbeit mit nationalen Konzernen ist zu intensivieren und neue Wege zur Exportförderung sind zu erschließen. Dabei kommt der zielgerichteten Export- und Importkoordinierung sowie dem Lizenzexport erhöhte Bedeutung zu.

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die industriellen Kooperationsbeziehungen sind weiter auszubauen und insbesondere zur Sicherung einer stabilen Entwicklung der Hauptexportlinien der DDR zu nutzen.

Bei der Verwirklichung dieser Zielstellungen kommt der gründlichen Vorbereitung der III. Tagung des Gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR - Indien (2. Halbjahr 1978) besondere Bedeutung zu.

3.7. Die Vertragsbeziehungen mit Indien sind zielgerichtet auszubauen. Dazu sind folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

- Abschluß eines Abkommens über die langfristige wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit;
- Vorbereitung eines langfristigen Abkommens über den Handels- und Zahlungsverkehr für den Zeitraum 1981 - 1985;
- Abschluß einer neuen Regierungsvereinbarung über langfristige Hauptexport- und -importlinien für den Zeitraum 1981 bis 1985;
- Abschluß eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsschifffahrt;

- Untersuchung der politischen und ökonomischen Zweckmäßigkeit des Abschlusses eines Abkommens über die Vermeidung von Doppelbesteuerung;
- Prüfung der Möglichkeiten zum Abschluß eines Luftverkehrsabkommens.

3.8. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landesverteidigung ist entsprechend den außenpolitischen Interessen der DDR und in Abstimmung mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages fortzusetzen.

3.9. Die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Indien wird auf der Grundlage des langfristigen Kulturabkommens von 1973 systematisch entwickelt. Sie bleibt weiterhin ein wichtiger Faktor in den bilateralen Beziehungen und wird an Bedeutung zunehmen. Die DDR konzentriert sich vor allem auf die Bereiche Hochschulwesen/Wissenschaft, Kulturaustausch und Volksbildung. Diese Beziehungen sind verstärkt für die Realisierung außenwirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer und auslandsinformativischer Aufgaben zu nutzen.

3.10. Die Auslandsinformation der DDR ist Bestandteil der ideologischen Offensive der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Inhaltliche Schwerpunkte unserer Auslandsinformation gegenüber Indien sind:

- . die Friedens- und Entspannungspolitik der SSG, vor allem der Kampf gegen das Wettrüsten, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;

Anzuknüpfen ist an übereinstimmende Positionen der DDR und Indiens im Kampf um Sicherheit und Frieden, gegen Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und bei der demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie bei der Beseitigung internationaler Konfliktherde;

- . die Propagierung des realen Sozialismus am Beispiel der Politik und Entwicklung der DDR;
- . die aktive Solidarität der DDR mit der nationalen Befreiungsbewegung und der antiimperialistischen Politik der nichtpaktgebundenen Staaten;
- . die Vermittlung von Erfahrungen, insbesondere aus der Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR;
- . die Entlarvung der entspannungsfeindlichen Politik des Imperialismus, vor allem des BRD-Imperialismus, und der großmachtchauvinistischen Bestrebungen der Pekinger Führer, die Zurückweisung von Hetzkampagnen gegen die SSG sowie die Auseinandersetzungen mit dem Sozialreformismus.

Zur Realisierung der inhaltlichen Aufgabenstellung ist es erforderlich, die Zusammenarbeit mit der Bruderpartei, der NFG und anderen progressiven Kräften zu verstärken, eine kontinuierliche und stabile Kontaktarbeit zu einflußreichen bürgerlichen Massenmedien und anderen Multiplikatoren zu entwickeln und zu pflegen sowie die multilaterale auslandsinformativische Zusammenarbeit der Auslandsvertretungen der sozialistischen Bruderstaaten weiter zu intensivieren.

Die Vorbereitung und Würdigung des 30. Jahrestages der DDR ist zu einem massenwirksamen Höhepunkt der AI-Arbeit in Indien zu gestalten.

Bei der Entwicklung der vertraglichen Beziehungen zu den bürgerlichen Massenmedien Indiens, insbesondere zum Fernsehen, Rundfunk und zu den Nachrichtenagenturen, ist

- auf die volle vertragliche Erfüllung der bestehenden Abkommen Einfluß zu nehmen,
- auf den Abschluß eines neuen Vertrages mit dem Fernsehen zu orientieren,
- unter Berücksichtigung der erfolgten Strukturveränderungen im Bereich der Nachrichtenagenturen die Möglichkeiten eines Vertrags-Neuabschlusses zwischen ADN und PTI zu prüfen.